

Kiel, 17.05.2002

**Landtag  
aktuell**

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn

*TOP 26 – Außenwirtschaftspolitik*

**Astrid Höfs:**

## **Europa muss auch eine Sozialunion werden**

Grundsätzlich begrüße ich jede Möglichkeit, im Landtag über europäische Themen zu debattieren um das europäische Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu stärken. Leider ist das Medienecho nach solchen Berichten oder Debatten nur mäßig, um es vorsichtig auszudrücken. Bezogen auf den Antrag der CDU ist zu befürchten, dass es wieder so sein wird, denn wie titelte „Die Welt“ am 18.03.02 über den Europäischen Rat von Barcelona: „Viel Lärm, noch mehr Aufwand und einige laue Ergebnisse“.

Wenn ich mir vorstelle, dass solche Anträge regelmäßig anlässlich der Tagungen der Fachminister von Seiten der CDU gestellt werden, um bei der Landesregierung abzufragen, ob sie denn ihre europäischen Hausaufgaben gemacht hat, dann wird das Interesse an europäischer Politik bei den Bürgerinnen und Bürgern eher sinken. Zu offensichtlich ist in diesem Fall, dass die CDU versucht, die Landesregierung vorzuführen, um ihre Europakompetenz in Frage zu stellen.

Der Europäische Rat von Barcelona war kein strahlender Stern am europäischen Himmel. Der Bundeskanzler fasste es wie folgt zusammen: „Für mich war entscheidend, dass die Richtung stimmt.“

Das Kernergebnis von Barcelona war ein lauer Kompromiss zur Liberalisierung der europäischen Energiemärkte. Außerdem wurde beschlossen, dass 90 Prozent der Kinder-

in Europa bis 2010 einen Kindergartenplatz haben sollen und dass jedes kleine Kind in Zukunft mindestens zwei Fremdsprachen erlernen soll.

Ich weise in diesem Zusammenhang auf die bisherigen Erfolge der Landesregierung Schleswig-Holstein gerade im Kindertagesstättenbereich hin. Mehr als 85.000 Kinder besuchen Kindertagesstätten. Das sind gut 80 Prozent der drei- bis sechsjährigen Kinder. Jedes vierte Kind verbringt täglich über sechs Stunden in einer Kindertagesstätte. Das Land beteiligt sich allein im Jahr 2002 mit 53,2 Mio Euro an den direkten Kosten der Kinderbetreuung und auch indirekt über die Zuschüsse an Wohlfahrtsverbänden als Träger vieler Kindertagesstätten. Die Anzahl der Betreuungsplätze für drei- bis sechsjährige Kinder in den Kindertagesstätten deckt den Bedarf. Darüber hinaus ist ein Ausbau mit flexiblen Öffnungszeiten notwendig.

Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren und für Kinder im Schulalter wurde ausgebaut. Die Landesregierung arbeitet im Moment an einem Konzept, das durch Staffelung der Zuschüsse mehr Anreize für eine Veränderung der Betreuungszeiten geben soll.

Im Bereich der betreuten Grundschule und der verlässlichen Halbtagschule hat die Landesregierung zusammen mit Schulen, Kommunen und Eltern viele Angebote geschaffen. Und im Fremdsprachenbereich ist zu erwähnen, dass inzwischen mehr als 100 Grundschulen bilingualen Unterricht durchführen. Sprachkenntnisse und somit das Fremdsprachenlernen müssen in eine selbstverständliche Anwendung einer Arbeitssprache übergehen.

Der Europaausschuss hat sich in diesem Jahr mit der Arbeit der Europaschulen auseinandergesetzt. Uns war bei einem Besuch einer Europaschule jedenfalls deutlich, der bilinguale Unterricht vermittelt nicht nur Wissen, sondern macht den Schülern und Schülerinnen Freude, weil die direkte praktische Anwendung der Sprache einfacher und interessanter ist als die Theorie. Daran gemessen müsste eigentlich jede Schule eine Europaschule sein.

Weiter wurde in Barcelona die besondere Rolle der Sozialpartner auf dem Arbeitsmarkt hervorgehoben. Ansonsten stand wieder einmal die Wirtschaftspolitik im Vordergrund. Pessimistisch gesagt: ein Rückschritt gegenüber Lissabon.

Nach der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion muss endlich der wichtige Bereich der Sozialunion in Angriff genommen werden. Damit müssen wir uns beschäftigen, dazu müssen wir Ideen entwickeln – besonders im Hinblick auf die neuen Mitglieder, damit das soziale Gefälle in Europa nicht noch größer wird. Dazu gehört auch der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt und soziale Mindeststandards für alle EU-Mitgliedsstaaten. Darüber möchte ich gern hier im Landtag mit Ihnen debattieren. Das ist auch eine Anregung für den Europaausschuss.

Die Ministerpräsidentin hat deutlich gemacht, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben gemacht hat, und dabei wurde auch sichtbar, dass der CDU- Antrag völlig überflüssig ist. In Barcelona wurde wieder einmal viel Papier produziert, denn die Schlussfolgerungen umfassen 73 Seiten. Es ist relativ mühsam, sich dort durch zu arbeiten, denn es gehört schon fast Masochismus dazu, sich durch das „Europa-Deutsch“ der Übersetzung zu quälen. Als Unterrichtsmaterial für Schulen sind die Schlussfolgerungen jedenfalls nicht zu gebrauchen.

Das Angebot der Europapolitiker, am Europatag in die Schulen zu gehen, hat landesweit in 18 Schulen zu interessanten Diskussionen mit Schülern und Schülerinnen geführt und kann zukünftig sicher dazu beitragen, den Menschen Europa näher zu bringen. Europa ist für viele Menschen noch zu weit weg, zu theoretisch.

Die Kommission und die Ministerräte sind nun aufgefordert, Barcelona umzusetzen. Die Landesregierung ist da nur sehr peripher gefragt. Ich freue mich aber auf eine Europadebatte im Landtag, in der wir konkrete Themen und Ziele diskutieren können. Wir werden entsprechende Anträge stellen und fordern die Opposition auf, kreativ zu sein und eigene Ideen zu entwickeln